

Beilage 1196

(Vergl. Beilagen 369, 1087.)

Beschluß.

Der Bayerische Landtag
an die
Bayerische Staatsregierung.

Der Landtag hat über den

Antrag der Abgeordneten Dr. Linnert und
Genossen betreffend Verbesserung der Verhält-
nisse auf dem Gebiete des Gesundheitswesens
(Beilage 369)

in seiner heutigen öffentlichen Sitzung Beratung ge-
pflogen und beschlossen:

Die Staatsregierung wird ersucht,

1. baldigst einen ausführlichen Bericht sämtlicher beteiligten Ressorts über die Versorgung der Krankenhäuser und der Ärzte mit den erforderlichen Einrichtungsgegenständen, Instrumenten, den unbedingt notwendigen Medikamenten sowie sonstigem Medizinbedarf, insbesondere auch Verbandzeug, Wäsche usw. dem Landtag vorzulegen;
2. mitzuteilen, welche Maßnahmen sie ergriffen hat, um der ernststen Gefährdung der Volksgesundheit infolge der Mangellage für einen erheblichen und entscheidenden Teil der unentbehrlichen Hilfsmittel für ärztliche Praxis und Krankenhausbehandlung zu begegnen;
3. Auskunft über den Verbleib der großen Bestände der einstigen Heeres-sanitätsparcs und anderer diesbezüglicher Depots zu erteilen und geeignete Schritte zu unternehmen, um zu Unrecht weggeführte Depotbestände aufzuspüren;
4. beim Wirtschaftsministerium eine Stelle einzurichten, die im Einvernehmen mit der Gesundheitsabteilung des Innenministeriums im Zusammenwirken mit den verschiedenen Landesstellen unter Hinzuziehung der Ärzteschaft, auch der Vertreter der Privatkliniken sowie unter Beiziehung der einschlägigen Wirtschaftsverbände die Versorgung der Ärzte und Kliniken mit den notwendigsten Hilfsmitteln sichert;
5. zu prüfen, wie eine gleichmäßige Verteilung der bezeichneten Gegenstände auf staatliche und kommunale Krankenanstalten und einschlägige Wohltätigkeitsanstalten einerseits und Privatkliniken andererseits gewährleistet werden kann;
6. das Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten anzuweisen, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um die gleichmäßige Versorgung der Krankenhäuser mit den zur Lebensrettung und Wiederherstellung der Gesundheit Schwerkranker und Operierter erforderlichen Lebensmitteln, wie Weizenmehl, Spezialbrot, Obst und Fruchtsäften, Geflügel und Süßwasserfischen usw. zu bewerkstelligen.

Ferner hat der Landtag beschlossen:

Die Staatsregierung sei zu ersuchen, unter Bezugnahme auf den bereits im Juli 1947 einstimmig angenommenen Antrag des Landtags

nochmals an OMGUS heranzutreten mit der dringenden Bitte, die versprochene Freigabe von Baumwolle im Interesse der Sicherung der Produktion von Verbandsmaterial und Krankenhauswäsche baldigst zu genehmigen.

München, den 4. März 1948.

Der Präsident:

J. B. (gez.) R. Kübler.

Der I. Schriftführer:

(gez.) Rita Zehner.

Beilage 1197

Antrag.

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Bayerischen Gemeindebank ist das Recht zur Ausgabe von Pfandbriefen zu verleihen mit der Maßgabe, daß
 - a) die Auszahlung dieser Pfandbriefe bei Auslösung etc. zum jeweiligen Kurswert erfolgt,
 - b) der Nominalbetrag der zu begebenden Hypotheken sich jeweils in demselben Verhältnis wie der Kurswert der Pfandbriefe vom Zeitpunkt der Beleihung bis zum Zeitpunkt der Rückzahlung bzw. Tilgung der Hypotheken ändert,
 - c) der Zinsberechnung der zum jeweiligen Fälligkeitstermin bestehende Kurswert der Pfandbriefe zugrunde zu legen ist.
2. Die Staatsregierung sei zu ersuchen, an die Militärregierung mit der Bitte heranzutreten, in Art. I Abs. 4 des Abänderungsgesetzes vom 1. Juli 1947 zum Gesetz Nr. 51 der Militärregierung betreffend Währung die Worte „Mark für Mark“ zu streichen und in Satz 3 das Wort „Nennwert“ durch „Kurswert“ zu ersetzen.

München, den 11. März 1948.

Dr. Rief

und Fraktion (WWB).
Kreml (CSU), Kaiser (CSU).

Beilage 1198

Antrag.

Der Landtag wolle beschließen:

Die auf dem Bau des Deutschen Museums in München befindlichen 4 preußischen Adler sind zu entfernen und durch 4 bayerische Löwen zu ersetzen. Die Ausführung dieser Arbeit ist einem nichtbelasteten bzw. vom Befreiungsgesetz nicht betroffenen Künstler, der während der Nazizeit nicht hervorgetreten ist, zu übertragen.

München, den 11. März 1948.

Dr. Rief

und Fraktion (WWB).